

Bekanntmachung

Die 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 19.04.2016 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 08.03.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Anliegen des Herrn Ruddies - Erhöhung der Sicherheit für Kindergarten- und Schulkinder Tribseer Damm/Frankenwall
 - 4.2 Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015
 - 4.3 Rollstuhl Rallye 2016
 - 4.4 Graffitis - Kunst fördern, Missgunst und Sachbeschädigung verhindern
 - 4.5 Hunde: (illegale) Kampfhunde, Hundekot, Tütenhalter für Hundekot
 - 4.6 Verbesserung der Sauberkeit in Stralsund
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehler
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 08.03.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Herr Heino Fleischer

Frau Kerstin Friesenhahn

Frau Anett Kindler

bis 18:15 Uhr

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Vertreter

Frau Kathrin Ruhnke

Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Frau Brigitta Tornow

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Sarah Cornils

Herr Tino Krusch

Gäste

Herr Richard Kreutzberg

Frau Alexandra Müller

Frau Liane Biedenweg

Frau Maren Bittner

Frau Cathleen Spröte

Herr Benjamin Fischer

Herr Daniel Ruddies

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.02.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen

- 4.1 Drogenproblematik in Stralsund
- 4.2 Rollstuhl-Rallye 2016 in Stralsund
- 4.3 Beratung zum Thema Prostitution, Frauenhandel und Modellwohnungen
- 4.4 Sachstand Frauenschutzhaus
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.02.2016

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.02.2016 wird bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Drogenproblematik in Stralsund

Gäste: Frau Bittner, Frau Spröte

Frau Bittner informiert, dass die Suchtberatungsstelle ausschließlich für das Gebiet der Hansestadt Stralsund und für Personen bis zu einem Alter von 27 Jahren zuständig ist.

Frau Spröte ist Suchtberaterin. Sie teilt mit, dass in Stralsund derzeit alle gängigen Drogen konsumiert werden.

Auch die Mediensucht nimmt immer mehr zu.

Ein großes Problem ist derzeit der steigende Konsum von „Leagl Highs“. Hierbei handelt es sich um eine Kräuterteemischung die mit chemischem Cannabis versetzt ist und daher eine Konzentration nicht abschätzbar ist. In Deutschland sind die Todeszahlen durch diese Droge steigend.

Auch der Konsum von Spice ist steigend.

Zur Beratung der Jugendlichen teilt sie mit, dass die Altersspanne zwischen 11 und 27 Jahren liegt. Das Einstiegsalter sinkt immer weiter. Dadurch steigt die schnellere Abhängigkeit. Der Hauptinhalt der Beratungsgespräche ist derzeit Alkohol.

Im Jahr 2015 wurden ca. 150 Klienten in 758 Beratungsgesprächen beraten. Das ist derzeit die Kapazitätsgrenze, da nur eine Suchtberaterin mit 35 Wochenstunden angestellt ist.

Frau Friesenhahn stellt fest, dass die Vermittlung in andere Hilfen nur einen sehr kleinen Teil ausmacht.

Frau Spröte stellt dazu klar, dass die Suchtberatung nur Empfehlungen aussprechen kann. Ob diese dann so angenommen und umgesetzt werden, liegt immer beim Klienten und nicht bei der Beratungsstelle.

Viele Beratungsgespräche finden auch mit Personen statt, die z.B. nur einmal konsumiert haben. Es sind nicht alle Personen schon abhängig.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn teilt Frau Spröte mit, dass Gespräche zu „Crystal Meths“ sehr gering sind.

Frau Bittner informiert, dass im Oktober 2015 eine Online-Beratung eingerichtet wurde, damit auch Personen anonyme Anfragen stellen können ohne gleich persönlich vorstellig werden zu müssen.

An Schulen und in Bussen hängen Plakate aus, um auf die Beratungsangebote aufmerksam zu machen.

Sie macht deutlich, dass auch Cybermobbing ein großes Thema ist.

Der Verein würde gern auch in Grundschulen schon Beratung zu Medien und Netzwerken durchführen. Dies ist jedoch erst ab einem Alter von 10 Jahren gestattet.

Frau Kindler möchte wissen, was bei Überbedarf passiert, der nicht durch den Verein aufgefangen werden kann.

Dazu informiert Frau Bittner, dass derzeit eine mobile Suchtberatung in Erarbeitung ist, um dadurch mehr Jugendliche ansprechen zu können.

Die Onlineberatung erfolgt über E-Mail Kontakt und ggf. per Chat.

Die Finanzierung der ESF-geförderten Stellen ist nur bis 2020 gesichert.

Herr Kremser fragt nach, ob dem Verein auch Informationen zur Beschaffungskriminalität vorliegen. Dazu führt Frau Bittner aus, dass keine konkreten Rückschlüsse geschlossen werden können.

Frau Spröte führt weiter aus, dass einige Jugendliche zu ihr kommen, da sie per Gericht die Auflage erhalten haben, sich in die Suchtberatung zu begeben.

Sie macht deutlich, dass Vertrauen aufgebaut werden muss.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Stahlberg teilt Frau Spröte mit, dass es auch im Landkreis Anlaufstellen für die Jugendlichen gibt.

Frau Friesenhahn möchte wissen, wo die Mitarbeiter ihren Erfolg sehen. Dazu führt Frau Spröte aus, dass es ein Erfolg ist, wenn die Jugendlichen ihre Termine wahrnehmen, wenn sie selbst gesteckte Ziele erreichen und wenn es sogar gelingt, die Jugendlichen zum „clean sein“ zu bekommen.

Frau Quintana Schmidt schlägt vor, weiter um Förderungen und Hilfen zu werben. Die Arbeit des Vereins ist sehr wichtig.

Frau Ehlert dankt dem Verein für die ausführlichen Informationen.

zu 4.2 Rollstuhl-Rallye 2016 in Stralsund

Herr Bogusch erinnert noch einmal an das Ergebnis der vergangenen Sitzung, dass großes Interesse an der Veranstaltung besteht.

Herr Bogusch bittet um Übergabe der Kontaktdaten von Frau Hellmann, da diese an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann.

Frau Ehlert schlägt vor, den Termin für den 02.06.2016 festzulegen.

Herr Kremser bittet die Unterlagen von vor ca. zehn Jahren dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Fleischer teilt mit, dass es einen Film geben soll.

Das Thema wird zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

zu 4.3 Beratung zum Thema Prostitution, Frauenhandel und Modellwohnungen

Herr Krusch informiert, dass es gewerberechtlich keine Registrierungspflicht für Prostituierte gibt.

Das Prostitutionsgesetz des Bundes wurde 2002 erarbeitet und 2007 überarbeitet.

Das Prostituiertenschutzgesetz ist in Erarbeitung, aber derzeit noch nicht beschlossen worden. Es könnte nach derzeitigem Stand zum 01. Juli 2017 in Kraft treten.

Es ist vorgesehen, dass eine Anmeldung Pflicht wird und die Frauen an einer gesundheitlichen Beratung in einer öffentlichen Einrichtung teilnehmen müssen.

Der Menschenhandel und die Zwangsprostitution werden durch die Polizei überwacht.

Herr Kremser ist der Meinung, dass der Stadt alle Wohnungen, wo Prostitution stattfindet, bekannt sein sollten.

Frau Dr. Stahlberg teilt mit, dass es auch die sogenannte „Hausfrauenprostitution“ gibt. Auch hier erfolgt keine Registrierung.

Frau Ehlert erfragt, ob auch in Mehrfamilienhäusern der Prostitution nachgegangen wird. Dazu teilt Herr Krusch mit, dass dies möglich sein könnte.

Herr Krusch informiert, dass das Bundesjustizministerium an den Themen Zwangsprostitution und Menschenhandel arbeitet.

Die Ausschussmitglieder einigen sich, das Thema zu gegebener Zeit erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

zu 4.4 Sachstand Frauenschutzhaus

Gast: Frau Biedenweg

Frau Biedenweg informiert zur Statistik aus dem Jahr 2015.

Es wurden 33 Frauen mit 34 Kindern aufgenommen.

Die durchschnittliche Auslastung lag bei 54 %. Der Durchschnitt der Aufenthaltsdauer lag bei 63 Tagen, wobei einige Frauen nur wenige Tage und andere mehrere Monate im Schutzhaus leben.

Im Vergleich zu 2014 sind die Aufnahmezahlen rückläufig. Dies könnte an der guten Vernetzung liegen und daran, dass der Täter der Wohnung verwiesen werden kann.

Viele Frauen sind oft ohne jegliche finanzielle Absicherung. Dort müssen die Ämter angelaufen werden.

Weiter muss für Kinderbetreuung und Schulbesuche der Kinder gesorgt werden. Auch Besuche bei Rechtsanwälten, Gespräche mit dem Jugendamt, Sorgerechtslösungen usw. werden durch die Mitarbeiter unterstützt. Es wird therapeutische Hilfe angeboten für Frauen und Kinder.

Der Bildungsgrad der Frauen ist oft sehr niedrig. Vielfach wurde eine Ausbildung begonnen, aber nie beendet. Es gibt auch einige Frauen ohne Schulabschluss.

Das Alter der Frauen lag zwischen 25 und 40 Jahren.

Körperliche und auch psychische Gewalt spielen eine große Rolle. Die Frauen stellen in den seltensten Fällen Strafanzeige gegen den Gewaltausübenden.

Im vergangenen Jahr wurden 4 Frauen mit Migrationshintergrund aufgenommen. Die Verständigung klappt gut. Der Zeitaufwand bei diesen Frauen ist jedoch viel höher, da alle Wege erst einmal begleitet werden müssen.

Frau Friesenhahn fragt nach, wie sich die finanzielle Anhängigkeit verhalten hat. Dazu führt Frau Biedenweg aus, dass 50 % bei Aufnahme keine Absicherung hatten, da sie beim Jobcenter nicht gemeldet waren, vom Partner abhängig waren oder keine eigenen Geldeinkünfte hatten. Dann wurden die Behördenwege erst einmal abgeschritten, um die Frauen abzusichern.

Auf weitere Nachfrage erläutert Frau Biedenweg, dass die Kinder von Frauen, die nicht aus Stralsund stammen, hier in Schulen, Kitas oder bei Tagesmüttern untergebracht werden müssen.

Die Frauen werden meist in neue Haushalte entlassen. Ein geringer Teil geht in den Ursprungshauhalt zurück.

Frau Dr. Stahlberg erfragt, wie die Zuweisung erfolgt. Dazu führt Frau Biedenweg aus, dass der größte Teil über professionelle Dienste und die Polizei zugewiesen wird. Ein geringer Teil kommt von sich aus in das Frauenschutzhaus.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert informiert Frau Biedenweg, dass mit den Frauen ein „Sicherheitsplan“ erarbeitet wird, um nicht wieder die gleichen Fehler zu machen oder die gleichen Probleme zu haben.

Aber es ist mit neuen Partnern nicht immer besser.

Frau Quintana Schmidt erfragt, ob die Mitarbeiter gut aufgestellt sind und ob die Arbeit schaffbar ist.

Dazu erläutert Frau Biedenweg, dass bei einer Belegung von 70% die Arbeitsbelastung sehr hoch ist. Aber in den anderen Zeiten ist alles gut abzuarbeiten.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert informiert Frau Biedenweg, dass die Frauen ihre Aufgaben nach Möglichkeit selbständig abarbeiten sollen. Wenn Probleme jedoch gesehen werden, unterstützen die Mitarbeiter.

Nachbetreuung wird im Abschlussgespräch angeboten. Der Bedarf ist auf jeden Fall da.

Frau Quintana Schmidt erfragt, an wen sich betroffene Männer wenden. Dazu teilt Frau Biedenweg mit, dass es Beratungsstellen gibt, an die sich die Männer wenden können.

zu 5 Verschiedenes

Herr Bogusch informiert, dass heute am Lindenkreisel (Lindenrondell) Baumpflegearbeiten stattgefunden haben.

Weiter hat dort ein Vor-Ort-Termin mit der Firma, die den Spezialbelag eingebracht hat, stattgefunden. Der Trocknungsgrad ist immer noch nicht erreicht. Bei einer Freigabe würde die Gewährleistung entfallen. Das soll jedoch verhindert werden.

Sobald es trockener wird kann ggf. Ende März oder Anfang April der Bauzaun abgebaut werden.

Zur Karl-Marx-Straße teilt Herr Bogusch weiter mit, dass die Unfallzahlen in 2015 aussagen, dass es keinen Unfall mit Radfahrern gab. Weitere Unfälle mit PKW haben stattgefunden. Die genauen Orte müssen noch zugearbeitet werden.

Herr Kremser bezieht sich auf einen Artikel aus der Ostseezeitung zum Thema „Schimmel in der Berufsfachschule“. Er findet diesen Zustand unhaltbar.

Weiter teilt er mit, dass am Grünhofer Bogen Schilder mit „30 bei Nässe“ aufgestellt wurden.

Herr Kremser beantragt das Rederecht für Herrn Ruddies:
Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Frau Dr. Stahlberg fragt nach, was mit dem „Birkenweg“ im Stadtwald ist. Dazu informiert Herr Bogusch, dass dort im Frühjahr weiter gebaut werden soll.

Zum Grünhofer Bogen erläutert Herr Bogusch, dass dort eine Unfallhäufungsstelle verzeichnet wurde.

Die Reduzierung auf Tempo 30 ist in dieser Kurve notwendig, um die Unfälle zu reduzieren.

Herr Ruddies informiert, dass an der Kita Spielkiste eine Kurzhaltezone für Eltern eingerichtet wurde. Vom Younior Hotel kommend gilt „30“ und aus Richtung des Knieperwall kommend gilt „50“ weiter. Dann stehen Hinweisschilder zum Spurwechsel genau auf Höhe der Kurzhaltezone.

Er schlägt vor, Hinweisschilder für die Kita aufzustellen und die „30“ nochmals auszuschildern.

Bogusch erläutert, dass vor dem Younior Hotel „Tempo 30“ mit Zusatz „Kinder“ aufgestellt wurde, da die Kinder dort die Straße gequert haben, ohne über die grüne Ampel zu gehen. Dadurch gilt die „Tempo 30“ nach der Kurve nicht mehr gilt.

Herr Bogusch schlägt vor, dass er das Thema in die Verkehrsberatung mit anderen Behörden mitnimmt und es dort besprechen wird.

Frau Ehlert macht den Vorschlag das Schild „wegen uns“ aufzustellen.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Die Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

Titel: Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Federführung: Fraktion BfS/AfD	Datum: 13.01.2015
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Begründung:

Beim Betrachten des Internetauftritts unserer Hansestadt Stralsund fällt auf, dass Stralsund keine App fürs Handy hat.

Unsere Idee ist, dass die Daten des Parkleitsystems auf einer Stralsund App zu finden sind. Das bedeutet, man sieht einen Stadtplan, die Parkhäuser und die aktuellen freien Plätze. Klickt man ein Parkhaus an, erhält man eine Wegbeschreibung. P&R Plätze müssen natürlich auch mit angegeben werden und gleichzeitig eine Wegbeschreibung. So hat die Hansestadt Lübeck eine Top Version. Siehe <http://www.parken-luebeck.de/>
Die App könnte auch anzeigen, wo Anwohnerparkplätze sind und die Besucher unserer Stadt nicht parken können. Als letztes, es sollte eine Vernetzung mit den bereits vorhandenen Wegbeschreibungen u.ä. aufgenommen werden. Diese sind momentan in einer guten Qualität vorhanden, aber aus unserer Sicht nicht benutzerfreundlich zusammengefasst.

Michael Philippen
Fraktionsvorsitzender

TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.4

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe; für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0151

Datum: 22.01.2015

Im Auftrag

Gez. Kuhn

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 22.01.2015

Zu TOP : 9.4

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Meier beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe und Bau, Umwelt und Stadtentwicklung.

Herr Philippen kann einer Verweisung zustimmen.

Herr Haack begründet kurz den Antrag und schließt sich Herrn Philippen an.

Frau Müller schlägt vor, dass der Antrag zusätzlich in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung verwiesen wird. Zudem merkt Frau Müller an, dass die Deckungsquelle fehlt.

Herr Paul stellt den erweiterten Verweisungsantrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe; für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0151

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 05.02.2015

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 18.02.2015

Zu TOP : 3.2.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch erläutert, dass es sich bei der Homepage „Parken in Lübeck“ um keine App handelt. Die Hansestadt Stralsund stellt selbstverständlich auch Informationen zum Thema Verkehr und Parken auf ihrer Homepage zur Verfügung. Die Verwaltung hat festgestellt, dass das Thema Parken noch stärker herausgestellt werden sollte. Die Verwaltung empfiehlt daher es bei der Homepage zu belassen. Es besteht kein zwingender Bedarf einer App.

Herr Meißner spricht sich für ein solches System aus. Die Einbindung ins Parkleitsystem der Stadt würde sich wohl schwierig gestalten.

Herr Lewing ist der Meinung, dass eine Park-App in Stralsund nicht benötigt wird. Ausweichmöglichkeiten sind in kürzester Zeit erreichbar.

Der Vorsitzende, Herr Lastovka, schlägt vor, den Beschlussvorschlag zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 09.03.2015

Gez. Nicole Böttner

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 18.03.2015

**Zu TOP : 4.2
Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015**

Die CDU/FDP Fraktion ist für eine Anpassung der Stralsund-Seite, um sie auch für Handys nutzbar zu machen. Frau von Allwörden spricht sich nach der eben vorgestellten Präsentation für eine Stralsund App aus. Herr van Slooten ist ebenfalls der Meinung, dass eine Verzahnung mehrerer Punkte notwendig ist.

Herr van Slooten stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt zurück zustellen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 07.04.2015

Gez. Gaby Ely

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 17.02.2015

Zu TOP : 4.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch teilt mit, dass es sich hier um einen verwiesenen Antrag aus der Bürgerschaft handelt. Zum Modell in Lübeck informiert er, dass es sich dort nicht um eine App, sondern um eine Homepage handelt, auf der alle Informationen zum Parken bereitgestellt werden.

Herr Bogusch informiert über die ersten Überlegungen, die in der Verwaltung besprochen wurde. Es wäre möglich, über die Themenkarte „Parken/ Verkehr“, die bereits auf der Homepage der Stadt abrufbar ist, weitere Informationen zu Parkhäusern und Parkmöglichkeiten auch für Menschen mit Behinderung in Stralsund bereit zu stellen. Die Kapazität ist abrufbar, jedoch nicht die derzeitige Belegung. Die Auslastung ist jedoch über das Parkleitsystem vor Ort ersichtlich.

Von den Betreibern der Parkhäuser ist es nicht gewollt, vorab die Belegung recherchieren zu können, da sich diese ständig ändert und so ein Ausweichen der potenziellen Kunden möglich wäre.

Frau Behrendt weist darauf hin, dass die Darstellung der Informationen auf der Internetseite eine gute Variante darstellt. Eine App muss für verschiedene Systeme kostenpflichtig programmiert werden. Weiter muss die App beworben werden, um sie den potenziellen Nutzern auch bekannt zu machen. Es ist fraglich, ob Besucher im App Store nach einer Park App für Stralsund suchen würden.

Frau Kindler teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen über den Antrag beraten hat. Es würde vorgeschlagen, die Website ggf. anzupassen und eine Funktionserweiterung schon vorhandener Möglichkeiten in die Überlegungen einzubinden. Weiter sollte bei einer App bedacht werden, dass sie auch bei Nutzung mit dem Handy lesbar bleibt. Weiter solle in die Überlegungen mit einfließen, die Fahrpläne des ÖPNV ggf. zu integrieren.

Frau von Allwörden sieht die Handhabung einer App viel einfacher und praktischer für Smartphone-Nutzer. Der Abruf einer Internetseite ist kompliziert und dauert zu lange. Dies wird von Frau Ehlert bestätigt. In die App können auch die Gastronomie, die Hotelbranche und der Tourismus integriert werden.

Herr Ihlo gibt zu bedenken, dass die neuen Autos mit Navigationsgerät ausgestattet sind, in dem diese Informationen auch alle abrufbar sind, ohne das Handy nutzen zu müssen. Jedoch geht der Trend immer mehr in Richtung App. Viele Firmen und Dienstleister bieten Apps an. Daher ist hier Beratungsbedarf vorhanden.

Frau Ehlert fasst zusammen, dass die App spezifische Angaben z.B. über die Anzahl der freien Parkplätze, Behindertenparkplätze, Hotels, Gaststätten bietet.

Dazu stellt Herr Bogusch klar, dass auch diese Angaben auch auf der Homepage abrufbar sein können. Die Stadtkarten auf der Stralsund Seite sind relativ groß und somit auch mit dem Smartphone abrufbar.

Dazu stellt Frau von Allwörden klar, dass jemand der die Seite der Stadt nicht kennt, erst im Internet recherchieren muss, wie die Seite der Stadt heißt. Dann muss er sich durch die Seite klicken, um zu den nötigen Informationen zu gelangen. Dies geht mit einer App, die man sich im Vorfeld der Reise schon herunterladen kann viel zeitsparender und übersichtlicher.

Frau Behrendt macht deutlich, dass bei der Erarbeitung der jetzigen Website darauf geachtet wurde, dass diese mit Smartphones lesbar ist. Das Erstellen einer mobilen Website hätte zusätzlich viel Geld gekostet und wurde daher verworfen. Sie schlägt vor, die vorhandene Website mit zusätzlichen Informationen aufzuarbeiten.

Frau Kindler macht deutlich, dass eine App hohe Kosten haben könnte. Dazu macht Frau Behrendt deutlich, dass es eine werbefinanzierte App der Tourismuszentrale gab. Diese hat sich nicht getragen und wird daher nicht mehr angeboten.

Frau Ehlert schlägt vor, den Antrag in die Fraktionen zu verweisen, da es noch Beratungsbedarf gibt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.03.2015

gez. Constanze Schütt

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 29.09.2015

Zu TOP : 4.3

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Frau von Allwörden stellt fest, dass eine Park App möglicherweise nicht ausreichen würde und man deshalb gegebenenfalls eine Stralsund App initiieren sollte.

Frau Dr. Carstensen macht darauf aufmerksam, dass es bereits eine Stralsund App gab, die jedoch eingestellt wurde.

Frau von Allwörden bestätigt dies, jedoch hat diese App die Ansprüche nicht erfüllt. Es sollte eine umfangreichere App geben, die nicht nur das Thema Parken enthält.

Herr Rietesel erklärt, dass es sich um eine Weiterleitungs-App handeln soll, die den Nutzer auf die entsprechende Homepage weist.

Frau von Allwörden erwidert, dass jedoch ausgerechnet die Homepage der Stralsunder Stadtverwaltung untauglich für Smartphones ist.

Frau Behrendt bestätigt, dass die jetzige Internetseite noch nicht responsiv ist. Deshalb habe man im Haushalt für das nächste Jahr Geld für die Umstellung eingestellt. In Zusammenarbeit mit Herrn Bogusch wird an einer Aufarbeitung der Informationen zum Thema Parken auf Stralsund.de gearbeitet. Die Tourismuszentrale hat ebenfalls ein großes Interesse an einer App. Derzeit gibt es keine Aktivitäten, deshalb müsste ein Zeitplan aufgestellt werden.

Frau Dr. Carstensen fragt, ob es bereits einen Kontakt zur Fachhochschule bezüglich dieser App gibt.

Frau Behrendt verneint dies, wird diesen Punkt aber aufnehmen.

Herr Rietesel berichtet, dass ein Professor der Fachhochschule den Entwurf einer App durch Studenten für machbar erklärt hat, jedoch sei die Pflege seitens der Fachhochschule nicht möglich.

Frau Behrendt erläutert, dass eine Zusammenarbeit mit der Fachhochschule immer möglich ist. Wenn man jedoch schnelle Ergebnisse erzielen will, sollte man sich am freien Markt orientieren.

Herr Kremser hofft, dass die Verwaltung im nächsten Jahr eine Lösung offeriert. Er schlägt vor, dass Thema zurückzustellen, bis die Verwaltung ein Konzept vorlegt.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorgehen einverstanden. Der Tagesordnungspunkt wird in einer Sitzung im 2. Quartal 2016 wieder auf die Tagesordnung gesetzt..

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 06.10.2015

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 24.02.2015

Zu TOP : 4.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch erläutert, dass das Thema bereits im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung und im Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung beraten wurde. Im Ergebnis wurde es in die Fraktionen verwiesen. Das genannte Beispiel aus Lübeck ist eine Homepage und keine App. Seitens der Verwaltung wird auch die Homepage-Variante favorisiert. Auf www.stralsund.de können bereits viele Informationen rund um das Thema Verkehr abgerufen werden. Auch die Homepage hat noch Optimierungspotential. Eine Park-App ist nicht zwingend erforderlich. Die Realisierung einer App mit Navigationsfunktion ist sehr kostenintensiv.

Auf Nachfrage von Herrn Meier berichtet Herr Bogusch über die bestehende Stralsund-App, die jedoch im App-Store nicht mehr verfügbar ist.

Frau Behrendt führt weiter aus, dass die Stralsund-App um das Thema Parken erweitert werden könnte. Man rechnet mit einem mittleren bis hohen vierstelligen Betrag zur Erstellung einer solchen Park-App. Es ist unwahrscheinlich, dass Kurzurlauber sich eine Park-App herunterladen. Laut einer Gästebefragung informieren sich Urlauber lieber vor Ort. Das Parkleitsystem ist ausreichend für Stralsund.

Auf Nachfrage von Herrn Hölbing gibt Herr Bogusch bekannt, dass bisher keine Gespräche mit der Fachhochschule Stralsund geführt wurden. Man müsse sich nach einem Partner an der FH umsehen.

Herr Pieper hält die Stralsund-App für nicht hilfreich. Es ist sinnvoll die Parkplätze, die Wege und die Sehenswürdigkeiten miteinander zu verbinden und mittels QR-Code Informationen zu historischen Sehenswürdigkeiten abzurufen.

Herr Bogusch antwortet auf die Frage von Herrn Pieper und teilt mit, dass die Belegungszahlen der Parkhäuser an einen zentralen Parkleitrechner gemeldet werden, der sich im Parkhaus am Hafen befindet. Hier werden die Belegungszahlen der privat geführten sowie die der LEG betriebenen Parkhäuser verarbeitet. Die Belegung ist auch jederzeit über die Verkehrsbehörde abrufbar. Man müsste Gespräche mit den privaten Parkhausbetreibern führen, ob es gewollt ist, die Belegungszahlen im Internet darzustellen. Für das Parkleitsystem gibt es solch eine Vereinbarung.

Herr van Slooten ist der Meinung, dass innerhalb der Altstadtinsel wenig Durchgangsverkehr gewollt ist. Es ist unter den derzeitigen Gegebenheiten wenig sinnvoll. Davon sollte Abstand genommen werden.

Herr Kuhn erwartet von der Verwaltung eine Kostenaufstellung/Kostenvoranschlag, um eine Entscheidung zu diesem Thema im Ausschuss für Finanzen und Vergabe treffen zu können. Herr Bogusch schlägt vor, die Thematik vorrangig im BUSTa zu behandeln. Erst wenn man dort zu einem Ergebnis gekommen ist, kann man über Kosten reden.

Herr Hölbing bittet darum, dass Gespräch mit der Fachhochschule zu suchen, um die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Herr Meier schließt sich der Aussage von Herrn Bogusch an und schlägt die Verweisung zur Beratung in die Fraktionen vor.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.03.2015

Gez. Constanze Schütt

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 08.03.2016

Zu TOP : 4.2 Rollstuhl-Rallye 2016 in Stralsund

Herr Bogusch erinnert noch einmal an das Ergebnis der vergangenen Sitzung, dass großes Interesse an der Veranstaltung besteht.

Herr Bogusch bittet um Übergabe der Kontaktdaten von Frau Hellmann, da diese an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann.

Frau Ehlert schlägt vor, den Termin für den 02.06.2016 festzulegen.

Herr Kremser bittet die Unterlagen von vor ca. zehn Jahren dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Fleischer teilt mit, dass es einen Film geben soll.

Das Thema wird zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

für die Richtigkeit der Angaben: i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 15.03.2016

TOP Ö 4.3

an: Oberbürgermeister

Auszug aus der Niederschrift

Ausschuss für Familie , Sicherheit und Gleichstellung am 20.10.2010

zu TOP 3.1.3. - - Auswertung einer Testfahrt mit Rollstühlen zur Barrierefreiheit

Frau Bien dankt den 3 Ausschussmitgliedern, die mit viel Engagement als Testpersonen für diese Aktion am 19.10.2010 zur Verfügung standen.

Folgende Feststellungen wurden gemacht:

1. Zunächst ist positiv zu erwähnen, dass die Busfahrerin war sehr zuvorkommend war und es bezüglich des Busses und der Busfahrt keinerlei Beanstandungen gab.
2. Die Wegstrecke von der Bushaltestelle „Olof-Palme-Platz“ zum Amt für öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Umwelt in der Schillstraße 5-7, ist aufgrund der Pflasterung und Steigung für den Rollstuhlfahrer sehr beschwerlich. Zusätzliche Hindernisse auf den Gehwegen sind parkende Autos oder Mülltonnen.
3. Am und im Gebäude des Amtes für öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Umwelt wurden teilweise schwerwiegende Mängel festgestellt.
 - a) Eingangstür öffnet trotz vorhandenem Sensor nicht automatisch!
 - b) Auf das Klingeln an der Außentür erfolgt keine Reaktion; erst nach Betätigen der Klingeln der Behindertenlifte im Gebäude, erscheinen 2 Mitarbeiterinnen mit dem Schlüssel zum in Gang bringen der Lifte.
 - c) Die Anleitung zur Bedienung des rechten Lifts fehlt bzw. ist mangelhaft.
 - d) Der Lift ist für einen ungeübten Nutzer eines Elektro-Rollstuhls nicht geeignet.
 - e) Es gibt im gesamten Haus keine elektrischen Türöffner!
Viele Türen sind sehr schwer zu öffnen.
 - f) Die Zimmertüren sind generell zu schmal für Rollstühle.
Für die Bedienung steht jedoch ein separater Raum zur Verfügung
 - g) Der Notruf in den Behindertentoiletten ist durch die weißen Seile nicht als solcher erkennbar!
 - h) Nach Betätigung des Notrufes konnte durch die zuständigen Mitarbeiter nicht identifiziert werden, wo dieser ausgelöst wurde. Keine sofortige Hilfeleistung möglich!
 - i) Die Behindertentoilette im linken Gebäudebereich (Kfz-Zulassung, Ausländer- und Asylangelegenheiten) hält auf der linken Seite neben der Toilette nicht den vorgeschriebenen freien Platz vor.

- j) Das Hinweiszeichen "WC" ist in diesem Bereich schlecht zu erkennen.
 - k) Aus dem Fahrstuhl in den Bereich "B" kommend, ist die Anbringung der Ausschilderung unvorteilhaft.
 - l) Auf dem Weg zur Behindertentoilette in den Keller, geht nach Verlassen des Fahrstuhls das Flurlicht viel zu spät an (Behinderte hat das Gefühl, falsch zu sein.).
4. Der Weg vom Amtsgebäude in der Schillstraße zum Rathaus ist auf Grund der Beschaffenheit ebenfalls sehr beschwerlich.
 5. Das Rathaus wird auf Einlass über den Behinderteneingang und die Nutzung des Notrufes der Behindertentoiletten getestet.
 - a) Keine Reaktion auf Betätigung der Klingel am Behinderteneingang! (Zum Zeitpunkt der Sitzung wird bereits an der Behebung des Schadens gearbeitet.)
 - b) Der Notruf auf der Behindertentoilette ist ordnungsgemäß gekennzeichnet. Das Signal ertönt bei Betätigung beim AID, ist aber ebenfalls nicht örtlich identifizierbar.

Frau Hertwig betont, wie wichtig es ist, auch die technischen Gegebenheiten regelmäßig zu kontrollieren. *Frau Risch* berichtet von ihrer Arbeitsstätte, dass dort monatliche Überprüfungen stattfinden. Ebenso sind Schulungen der Mitarbeiter wichtig, damit die Hilfskette gewährleistet wird.

Frau Bien schlägt vor, den Oberbürgermeister schriftlich über die Mängel zu informieren und um Prüfung zu bitten. Es ist für *Sie* unverständlich, dass das Ordnungsamt mit einem sehr starken Besucherverkehr nicht umfassend behindertengerecht ausgestattet ist. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass bestehende Anlagen funktionieren und beteiligte Mitarbeiter geschult sind.

Zum Abschluss spricht *Frau Bien* die im Eingangsbereich befindliche Urkunde „Denkmalschutz barrierefrei“- verliehen vom Bund Heimat und Umwelt an. Diese Auszeichnung kann vom Ausschuss nicht bestätigt werden.

Herr Knuth wünscht sich ebenfalls eine Überprüfung im Sinne der Blinden und Sehschwachen. *Frau Risch* kann sich erinnern, dass die Blindenschrift vorhanden, aber nicht wie vorgeschrieben beleuchtet ist.

Frau Hertwig möchte in diesem Zusammenhang eine Richtigstellung zum Artikel "Familienausschuss plant Stadtrundfahrt im Rollstuhl" aus der OZ vom 20.09.2010 machen. Der Äußerung, dass der Nahverkehr nicht ausreichend auf körperlich benachteiligte Menschen eingestellt sei, widerspricht *Frau Hertwig* mit Nachdruck. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit mit der Nahverkehr GmbH sei immer vorbildlich verlaufen und Probleme wurden unkompliziert zu Gunsten der Behinderten geklärt. *Herrn Lange* ist dies ebenfalls aufgefallen und hat mit der Geschäftsführerin bereits am Tag nach Erscheinen über die falsche Darstellung gesprochen.

Für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Petra Sumpf Stralsund, 01.11.2010